Freitag, den 14. August 1925. Einzelnummer 10 Goldpfennige 36. Jahrgang. — Nr.

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle Uhrmachergeschäft Reichelt Mattiasstraße 163, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,68 Goldmark, monatlich 2,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,96 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206. Redaktion Ring 3141.
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Breslau 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen aus der Provinz 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Blutige Demonstration in Berlin

Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Schutzpolizei. 2 Tote und zahlreiche Verletzte.

Am Donnerstag abend kam es an verschiedenen Stellen Berlins, und zwar hauptsächlich in Moabit, zu folgenschweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Schutzpolizei. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die Urheber dieser Zusammenstöße hauptsächlich bei den Kommunisten zu suchen sind. Als Opfer sind zwei tote Arbeiter und zahlreiche Verletzte zu buchen. 40 Kommunisten wurden verhaftet.

Die Kommunistische Partei hatte zu gestern abend eine ganze Reihe von Versammlungen einberufen, die in der Mehrzahl äußerst schwach besucht waren, und deren Zweck eine Protestkundgebung gegen die Annahme der Zollgesetze sein sollte. Als Teilnehmer kamen hauptsächlich die jugendlichen Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes in Frage, deren Alter im Durchschnitt 20 Jahre kaum übersteigt. Der schwerste Zusammenstoß ereignete sich mit etwa 600 dieser jugendlichen und verhetzten Leute an der Ecke der Brunnenstraße. Als der Zug anmarschiert kam, versuchte die Schutzpolizei in aller Ruhe und Ordnung, entsprechend den neuesten Verordnungen des Polizeipräsidenten, die Demonstranten zu zerstreuen. Was für die Hakenkreuzler gilt, hat für die Kommunisten oder wenigstens für die „Rote Fahne" natürlich keine Bedeutung. Alles Zureden der Polizei half nichts, so daß schließlich mit den Gummiknüppeln vorgegangen wurde. Auch das war vergeblich. Die Kommunisten leisteten immer weiteren Widerstand, so daß die Polizei eine scharfe Salve abgab. In wenigen Sekunden entstand ein fürchterliches Durcheinander. Die Kommunisten schafften ebenfalls Pflastersteine herbei und warfen sie ein kurzer, aber heftiger Kampf entspann sich, bis die Demonstranten in eine Seitenstraße abgedrängt werden konnten. Die Erregung hielt jedoch bis in die späten Abendstunden an, so daß es immer wieder zu kleineren Zusammenstößen mit der Schupo kam.

Ein weiterer schwerer Zusammenstoß ereignete sich schließlich in der Frankfurter Allee. Auch hier trugen die Kommunisten die Schuld, weil sie der Aufforderung der Schupo nicht im geringsten Folge leisteten, sondern den Zusammenstoß fast bewußt provozierten. Als die Beamten zu ihren Gummiknüppeln griffen, gingen auch die Kommunisten tätlich vor. Es entstand ein furchtbares Handgemenge. Ein Arbeiter, dessen Name bisher nicht festgestellt werden konnte, wurde durch einen Kopfschuß auf der Stelle getötet, ein zweiter schwer verletzt. Drei Polizeibeamte erhielten Verletzungen durch Messerstiche und Stockschläge. Insgesamt wurden 40 Kommunisten verhaftet.

Die „Rote Fahne" nimmt die blutigen Zusammenstöße natürlich zum Anlaß eines großen Jammers und unerhörter Beschuldigungen gegen den Berliner sozialdemokratischen Polizeipräsidenten. Sie dreht also wieder einmal den Spieß um und bezichtigt andere, die nur ihre Pflicht taten, ihres Werkes. Denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß der intellektuelle Urheber der Zusammenstöße und damit der eigentliche Verantwortliche für die Todesopfer in der „Roten Fahne" zu suchen ist. Sie hat ihre Aufgabe in den letzten Wochen ausschließlich in endlosen Aufforderungen zum Ungehorsam gegen die Staatsgewalt erblickt. Jetzt trägt ihr Werk die ersten Früchte: zwei Tote, 26 Verwundete. Nur ein solch verlogenes Blatt wie die „Rote Fahne" wagt es, bei dieser Krönung ihrer Hetzpolitik noch heute die Massen zu einem Protest gegen die Blutdiktatur aufzufordern.

* * *

Amtlich wird dazu mitgeteilt: „Gestern abend kurz nach 8 Uhr kam es an der Ecke der Sade- und Brunnenstraße zu einem Zusammenstoß zwischen einem Zuge demonstrierender Kommunisten und der Schutzpolizei. Die Schupo hielt den Zug zeitweise zur Regelung des Verkehrs an. Die Teilnehmer kamen aber den Anordnungen der Polizei nicht nach, sondern gingen mit Knüppeln und Pflastersteinen zum Angriff gegen die Polizei vor. Die Polizeibeamten machten von der Schußwaffe Gebrauch. Ein Polizeibeamter und ein Demonstrant, der 50 Jahre alte Arbeiter Albert Straßburg, Kolonienstraße 39 wohnhaft, wurden verletzt. Straßburg starb nach Einlieferung ins Krankenhaus.

Zu einem zweiten Zusammenstoß kam es in den Abendstunden vor dem Hause Frankfurter Allee 333, wo zwei Polizeioffiziere und einige Polizeiwachtmeister von einer großen Menschenmenge angegriffen wurden, als sie eine Verhaftung vornahmen. Auf die Polizeibeamten wurde mit Stöcken eingeschlagen, sodaß sie von der Waffe Gebrauch machen mußten. Drei Polizeibeamte und ein Demonstrant wurden verletzt.

Die preußische Amnestie-Vorlage

Erweiterung des Rahmens der politischen Delikte.

Dem Ständigen Ausschuß des Preußischen Landtags ist jetzt die Vorlage der Preußischen Staatsregierung über die Preußische Landesamnestie zugegangen. Sie faßt zunächst — entsprechend der Reichsamnestie — für die in dieser aufgeführten Straftaten unter den gleichen Voraussetzungen und in dem gleichen Umfang Straferlaß und Niederschlagung schwebender Verfahren vor, soweit die Straftaten nicht von Gerichten des Reiches, sondern von preußischen Gerichten abgeurteilt oder abzuurteilen sind. Sie geht jedoch über den Rahmen der Reichsamnestie hinaus, indem sie nicht nur eine Anzahl verwandter politischer Delikte einbezieht (z. B. Ministerbeleidigungen, unerlaubten Waffenbesitz, Zuwiderhandlungen gegen die Verbote politischer Parteien oder politischer Verbände und damit im Zusammenhang stehende Straftaten), sondern auch die Amnestie überhaupt auf öffentliche Kundgebungen im politischen Kampf erstreckt, um so den der ganzen Amnestie zugrunde liegenden Gedanken einer politischen Befriedung in möglichst weitem Umfang zu verwirklichen.

Die neuen Gesetze vor dem Reichsrat.

Der Reichsrat nahm gestern nachmittag von den vom Reichstag kurz vor seiner Vertagung verabschiedeten Gesetzen Kenntnis, ohne Einspruch zu erheben. Zur Zollvorlage erklärte der sächsische Gesandte, Dr. Graßmann, namens seiner Regierung, daß infolge der durch die Reichsregierung erteilten Ermächtigungen zur Annahme eine Zweidrittelmehrheit notwendig gewesen wäre, die im Reichstag nicht vorhanden war.

Staatssekretär Zweigert erklärte: Die Reichsregierung habe in bisheriger Praxis den Standpunkt eingenommen, daß eine Ermächtigung, auch wenn es sich um wirtschaftlich bedeutsame Fragen handele, im Wege der gewöhnlichen Gesetzgebung angenommen werden kann, wenn die Ermächtigung nicht beschränkt ist auf einzelne näher bezeichnete Gebiete.

Der Antrag Sachsen auf Einlegung von Einspruch gegen die Vorlage wurde von den Hansestädten und den Vertretern der Provinz Sachsen und der Stadt Berlin unterstützt. Der Reichsrat nahm daher mit Mehrheitsbeschluß von den Beschlüssen des Reichstags zur Zollvorlage Kenntnis, ohne Einspruch zu erheben.

Nach von den Verhandlungen mit Griechenland, Bulgarien, England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika nahm der Reichsrat Kenntnis.

Zur Aufrechterhaltung der Beihilfe über Fürsorge für Sozialrentner und Kleinrentner durch den Reichstag gegenüber dem Einspruch des Reichsrats bemerkte Staatssekretär Weismann: Wir halten die Durchführung der Reichstagsbeschlüsse für vollkommen unmöglich, wenn das Reich nicht die ganzen Mittel in Bereitschaft stellt. Die Preußische Regierung wird an die Reichsregierung ein Schreiben richten, worin sie die Reichsregierung bittet, daß das Gesetz solange nicht verkündet wird, als nicht die Reichsregierung die dazu notwendigen Mittel zur Verfügung stellt. Die Preußische Regierung wird an sämtliche Landesregierungen eine Abschrift dieses Schreibens richten mit der Bitte, auch ihrerseits dem Reich dieses Schreiben zu überjenden.

Die Agrarier haben noch nicht genug.

Dem Verein Berliner Getreideproduktenhändler sind Mitteilungen zugegangen, wonach die Einfuhrzölle für Getreide und Mehl in der Zeit zwischen dem 29. August und 1. September in Kraft treten werden.

Selbst dieses Geschenk genügt den Großagrariern noch nicht. Erst jetzt wieder haben die Vertreter des Reichslandbundes zum Zollkompromiß eine Entschließung gefaßt, in der weder der von der Regierung vorgelegte Zolltarif noch das von den Regierungsparteien vereinbarte Zollkompromiß als genügend angesehen werden. Die Entschließung endet mit echt großagrarischer Frechheit:

„Der Reichslandbund kann deshalb in dem vorliegenden Kompromiß nur einen ersten schüchternen (!) Schritt auf dem Wege zu dem großen nationalen (!!) Ziel erkennen. Der Reichslandbund wird alle Kräfte anspannen, die endgültige Lösung der großen volkswirtschaftlichen Fragen trotz der entgegenstehenden parteipolitischen Zerklüftung in dem von ihm vertretenen Sinne durchzuführen."

Das Inkrafttreten der Zölle.

Es kann ihnen nicht schnell genug gehen!

Mehreren Blättern zufolge dürften außer den Zöllen für Getreide und Mehl auch die Zölle für Vieh, Fleisch (mit Ausnahme von Geflügelfleisch) und Zucker in der Zeit zwischen dem 29. August und spätestens dem 3. September in Kraft treten. Mit der Aufhebung des Getreideausfuhrverbotes dürfte etwa zum gleichen Termine [illegible] Die Maßnahmen stehen im Zusammenhang mit den Ankündigungen auf Grund der Kündigung des Handels- und Zollvertrages mit der Tschechoslowakei, die am 17. Oktober in Kraft treten und die übrigen Zölle am 1. Oktober in Geltung kommen.

Sozialdemokratie und Zentrum

Ein Nachwort zu den Reichstagsdebatten.

Von ***

Das Zentrum befindet sich in einer schweren Krise. Es unterstützt im Reich den Rechtsblock und hat jetzt gemeinsam mit den Rechtsparteien die großen Wirtschaftsfragen gegen die Sozialdemokratie erledigt. Der unsoziale Charakter dieser Gesetzgebung, sowie die Vergewaltigungsmethoden, die bei ihrer Erledigung angewendet wurden, haben den Trennungsstrich zwischen dem Zentrum und den anderen Parteien der Weimarer Koalition, den Sozialdemokraten und den Demokraten, gezogen. Nur daraus ist es zu erklären, daß die Auseinandersetzungen zwischen der Sozialdemokratie und dem Zentrum einen so heftigen Charakter angenommen haben.

Bereits bei dem Endkampf um die Steuern kam es zu einer solchen Auseinandersetzung gekommen. Der sozialdemokratische Redner Dr. Hertz hatte in seiner kritischen Betrachtung der Endergebnisse der Arbeit des Reichstags in der Steuerfrage festgestellt, daß die wichtigen Forderungen der nichtbesitzenden Bevölkerungsschichten unerfüllt blieben seien und daß der Rechtsblock mit Hilfe des Zentrums einen Sieg erfochten habe, den er sich in seinen kühnsten Träumen früher nicht vorzustellen wagte. Hertz zum Beweis dafür auch eine Eingabe des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom März 1925 zitierte, so fühlte sich der Abg. Dr. Brüning sehr getroffen und erwiderte gereizt und unsachlich. Denn Dr. Brüning ist als Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes der Verfasser dieser Eingabe, hatte sich damals aber sicher nicht träumen lassen, daß er sie als Abgeordneter einfach durchzusetzen haben werde.

Es ist verständlich, daß die Zentrumspresse den wirklichen Kern dieser Auseinandersetzungen zu vertuschen sucht. Sie behauptet, der sozialdemokratische Redner habe gegen das Zentrum den Vorwurf geschleudert, es wolle für einen Ministersessel seine soziale Gesinnung verkaufen. In Wirklichkeit hat der Genosse Hertz lediglich, gestützt auf eine Mitteilung der „Germania", warnend auf den Eindruck hingewiesen, der entstehen würde, wenn am Ende der neuen Wirtschaftsgesetzgebung der Eintritt eines Zentrumsabgeordneten in die Rechtsregierung erfolgen würde. Als diese Feststellung im Reichstage gemacht wurde, sah die Zentrumsfraktion ein, daß sie von Herrn Dr. Brüning irregeführt worden sei. Dieser hatte nämlich der Fraktion die Aeußerungen des sozialdemokratischen Redners entstellt überbracht und nur dadurch den Auftrag zu einer Erwiderung erhalten.

Es ist gleichgültig, ob diese Irreführung der Zentrumsfraktion durch Herrn Dr. Brüning absichtlich oder unabsichtlich entstanden ist. Seine Darlegungen haben auf jeden Fall erneut bewiesen, wie unzulässig die sogenannten Arbeitervertreter des Zentrums in den großen sozialen Auseinandersetzungen der Gegenwart sind. Die Feststellung dieser Tatsache entspringt durchaus nicht dem Wunsch, wie das jetzt in der Zentrumspresse behauptet wird, die „christlichen Arbeiter" gegen ihre Führer aufzuhetzen und durch [illegible] Agitationsanträge sich bei ihnen einzuschmeicheln. Das geschieht lediglich, um zu zeigen, daß die politischen Neigungen der Zentrumspartei, soweit sie den Anschein nach rechts fördern, mit den sozialen Interessen der Masse der Bevölkerung unvereinbar sind.

Auf die sachlichen Feststellungen des sozialdemokratischen Redners ist der halb Dr. Brüning überhaupt nicht eingegangen. Dr. Hertz hatte festgestellt, daß die Sozialdemokratie sich bei dieser Steuerreform auf die Erfüllung von Forderungen beschränkt hat, die nicht nur von Sozialdemokraten vertreten werden, sondern von allen Schichten der nichtbesitzenden Bevölkerung. Sie verlangte in Hauptsache:

1. Eine sozialere Gestaltung der Lohnsteuer durch ein Existenzminimum von 100 Mark monatlich und stärkere Heranziehung der unteren Schichten.
2. Die Herabsetzung der Umsatzsteuer und die Umsatzsteuerfreiheit für Lebensmittel.
3. Keine neuen Verbrauchssteuern und keine Erhöhung bestehender Verbrauchssteuern.
4. Keine Steigerung der Hauszinssteuer zu Zwecken und Begrenzung der Mieten auf 100 Prozent Friedensmiete.
5. Besteuerung der Inflationsgewinne.

In der Eingabe der christlichen Gewerkschaften werden genau diese Forderungen erhoben. Auch hier verlangt